

lassen. Gegen diesen Entwurf haben wir die schwersten Bedenken namentlich gegen die Ausdehnung der Geheimbestimmungen auf die Mitteilung von Schriften, Urkunden und Nachrichten überhaupt. Wer entscheidet darüber, was ein militärisches Geheimnis ist? Wie kann der Fall das wissen? Unter Strafe soll auch fallen, wer einem anderen zur Kenntnis bringt, wie eine bestimmte Wasserleitung beschaffen ist, wo Wasserleitungen vorhanden sind, die zum Ueberbrücken sich eignen, wer über Gleisanlagen, Vorrichtungen zum Aus- und Einladen von Truppen auf den Bahnhöfen usw. Mitteilungen macht. Es ist nicht einzusehen, wie durch Mitteilung solcher Dinge eine Gefährdung des Vaterlandes bewirkt werden soll. Vor allem die weitgehende Unklarheit in der Festlegung dessen, was unter Strafe fallen soll, gibt zu den größten Bedenken Anlass. Im Lande der allgemeinen Wehrpflicht ist es selbstverständlich, daß über militärische Dinge gesprochen wird und daß die maßgebenden Behörden den Kritik unterworfen werden. Die Presse darf in ihren wichtigsten Funktionen nicht beschränkt werden. Die Presse hat sich einmütig gegen die Vorarbeiten dieses Gesetzes ausgesprochen, die Journalistenorganisationen, der Lehrerverein und selbst der übliche Wehrverein (Heiterkeit). Gerade die Wehrvereine des Vaterlandes, und des Wehrvereins müßten streng verboten werden. Wenn schon, denn schon! Dadurch würde eine ganz erhebliche Verhinderung der Bevölkerung erzielt werden können. (Sehr gut.) Ich beantrage Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Dr. von Celler (Natf.): Die Vorlage entspricht nach Anschauung meiner Freunde einem Bedürfnis, da die ausländische Gehegeordnung in den letzten Jahren ebenfalls wesentlich verschärft worden ist. Das militärische Interesse ist heute ganz anders als früher. Das allgemeine Interesse muß dem einzelnen vorangestellt werden. In Einzelheiten muß der Entwurf allerdings noch anders formuliert werden. Schon die in § 1 vorgesehene Anordnung der Geheimhaltung ist unannehmbar. Die Strafbarkeit der Fahrlässigkeit wird von der Presse in der Hauptsache nicht bestritten. Wie steht es da mit der Erörterung öffentlicher Geheimnisse? Das Volk hat glücklicherweise ein großes Interesse an militärischen Dingen; deshalb darf dieses Interesse nicht unterbunden werden. Mit Karabelberichten allein ist ihm nicht gedient. Kritik ist nötig. Sie wird allseits beliebt, nur nicht von dem, gegen den sie sich richtet. (Heiterkeit.) § 9 ist in der vorgeschlagenen Fassung unannehmbar. Spionage ist immer verwerflich, besonders aber ist sie gemein und treulos, wenn sie von Staatsangehörigen an dem eigenen Staat begangen wird. Wir werden der Kommissionsberatung zustimmen und verhoffen, die Bedenken gegen den Entwurf zu beseitigen. (Beifall.)

Abg. Holtzsch (Konf.): Wir haben alle Veranlassung, dem Entwurf im großen und ganzen zu folgen; er ist eine Notwendigkeit. Die in § 1 gegebene Definition des militärischen Geheimnisses trifft im allgemeinen zu. Dem Stein des Anstoßes bildet aber § 9. Auch meine Freunde meinen, daß dieser Paragraph in dieser Fassung übertrieben und deshalb unannehmbar ist. Den Bedenken der Wehrvereine bringen wir volles Verständnis entgegen. Wir werden ebenfalls für Kommissionsberatung eintreten.

Abg. Dr. Ritter von Nitz (Fortf.) (Vp.): Wir haben der Vorlage objektiv gegenüber zu stehen und werden in der Kommission an ihr mitarbeiten. Wer so tief gefühlt hat, daß er sein Vaterland verläßt, der wird sich auch nicht durch Geld- oder Freiheitsraten ablocken lassen; denn er redet nicht damit, daß er festgenommen und verurteilt wird. Trotz aller Bedenken, die wir gegen die Vorlage haben, werden wir doch an die Beratung in der Kommission unvoreingenommen herangehen. Der § 1 ist in der gegenwärtigen Fassung unannehmbar. Auch dem Reichsgericht ist es nicht gelungen, eine scharfe Definition des Begriffs „militärisches Geheimnis“ zu geben. Wenn es verboten sein soll, über Straßen und Wege Mitteilungen zu machen, so ist schließlich die ganze Geographie ein militärisches Geheimnis. (Große Heiterkeit.) § 9 in dieser Fassung ist absolut unannehmbar. Aber andererseits haben wir auch noch gegen einzelne kleinere Bestimmungen schwere Bedenken. Es ist nicht zu verstehen, daß als Verstärker ein Deutscher auf gleiche Stufe gestellt wird mit einem Ausländer, der hier eine Waise auch nicht sehr erfreuliche Pflichten ausübt. Auch wir gehen in die Kommission hinein, mit dem festen Entschluß, allen Bestimmungen des Entwurfs entgegenzutreten, deren letzter wenn auch nicht denker Zweck ist nicht der Schutz des Reiches gegen Spionage, sondern der Schutz der Militärverwaltung gegen die Kritik verfehlter Anordnungen. (Beifall links.)

Abg. Meier (Natf.): Die Verschärfung der Strafen, wie sie jetzt vorgeschlagen wird, erachten wir für einen großen Fortschritt, aber § 9 ist auch für uns unannehmbar. Die Presse darf nicht so eingeschränkt werden, wie es in § 9 beabsichtigt wird, wenn wir auch nicht verkennen, daß die Sensationspresse großen Schaden anrichten kann. Das Fliegen über die Grenzen hat sich per se zu einem Unikum ausgewandelt; da ist ein Eingriff unbedingt notwendig. (Beifall rechts.)

Abg. Cohn-Neub (Vog.): Wenn das englische Gesetz in Bezug auf die Spionage überstarke Bestimmungen hat, so ist das weniger schädlich als bei uns, da im übrigen die englische Gesetzgebung durchaus freiheitlich ist. Hoffentlich wird der Reichstag bei der Behandlung dieses Entwurfs mehr Einsicht heissen für die Notwendigkeiten des deutschen Volkes als der Mann, der zufällig Reichskanzler ist. Wie steht es denn mit dem Geheimhalten militärischer Dinge den Käufern gegenüber? Jeder Mensch mit Ausnahme der Staatssekretäre weiß, daß es mit der Geheimhaltung dieser Dinge dort sonderbar ausfällt. Weiter weiß man, daß das Kapital international ist. Während man früher den Schmiergeldparagraphen mit Ansehen verlangte, nimmt die bürgerliche Presse einen ganz anderen Standpunkt ein, wenn der große Krupp schmiert. Niemand von uns bestritt, daß der Betrug der Geheimnisse seines Vaterlandes das schlimmste Verbrechen ist. Bei der Entmischung des Spionagesystems spielt der Staat selber die allergrößte Rolle. Die beste Sicherung eines künftigen Sieges ist die Aufricht-

erhaltung des lebenden Staatsgeistes, der bei uns aber unterdrückt wird durch Vorenthaltung der Gleichberechtigung der Freiheit und der Gerechtigkeit. Kriegsminister v. Falkenhayn: Ich kann es mir verfallen, auf die Ausführungen des Vorredners eingehend zu antworten. Es handelt sich hier gar nicht um die Interessen der Arme oder der Heeresverwaltung, sondern um die Interessen des Reiches. Daß die deutsche Artillerie schlechter sei als eine ausländische, trifft nicht zu. Die Behauptung des Abgeordneten Cohn, das deutsche Offizierskorps würde in gewissen Dingen ebenso handeln, wie es ein Fall im Auslande gescheit habe, darauf gehe ich nicht ein. Ich kann aber versichern, daß das deutsche Offizierskorps stets so handeln wird, wie es ihm die Ehre und die Pflicht befehlen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Cohn (Vog.): Es ist mir nicht eingfallen, zu behaupten, daß die deutsche Artillerie schlechter sei als die französische. Ich habe nur nach einem Artikel des Generals Rhone zitiert. Betreffs des Offizierskorps hat der Kriegsminister an mir vorbeigelesen. Ich habe lediglich gesagt, daß unsere Offiziere ebenso handeln würden wie die österreichischen im Falle Redi und daß dadurch die volle Wahrheit nicht ans Tageslicht käme.

Damit schließt die Debatte. — Die Vorlage geht an die beantragte Kommission.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr.
Sachverständigenrat für Jugend- und Sachverständigenrat, Hilfsrichtern beim Reichsgericht, Kolonialgerichtshöfe, Gewerbeordnungsentwurf.
Schluß 6 Uhr.

Sächsischer Landtag. Zweite Kammer.

7. öffentliche Sitzung.
(Von unserer Dresdener Redaktion.)
Dresden, 26. November.

(Fortsetzung aus der gestrigen Abendausgabe.)
Nach Abg. Dr. Hähnel (Konf.) ergreift Abg. Bettner das Wort. Reichshausbericht und Etat gehen ihm Anlaß zu einem Rücktritt und einem Ausblick. Der Krieg auf dem Balkan habe die wirtschaftliche Entwicklung gehemmt, was für unsere Arbeiter einen Mangel an Arbeitsgelegenheit zum Erfolg gehabt habe. Dieses sei um so bedauerlicher, als dieser Rückgang zur Zeit neuer Steuern erfolgte. Im Reich sei die Frage der Wehrvorlage, die größte seit Bestehen des Reiches, glücklich gelöst worden durch den Zusammenhalt der bürgerlichen Parteien. Nur die Sozialdemokratie und eine kleine Partei habe abseits geblieben. Eng verbunden damit sei die Frage der Kostendeckung. In seinem Bedauern habe sich der Finanzminister über diese Deckung nicht sehr freundlich ausgesprochen. Nachdem die Erd-anfallsteuer nicht mehr in Frage gekommen sei, habe die Regierung einen anderen Weg gehen zu müssen geplant. Seine Freunde hätten an der Einführung einer Vermögenssteuer fest. Sie hätten die Zuwachssteuer für keine ideale Lösung der Deckungsfrage, aber sie hätten ihr, wenn auch ungenügend, zugestimmt unter dem Zwange der Notwendigkeit.

Redner dankt lobend der eindringlichen Rede des Bitterschlachdenkmal und spricht den Männern, die sich um das Gelingen der Internationalen Bauausstellung verdient gemacht haben, Dank und Anerkennung seiner Freunde aus. Er hätte es gern geübt, wenn dieser Dank auch von anderer Stelle ausgesprochen worden wäre.

Nachdem Redner konstatiert hat, daß die Finanzperiode 1910/11 einen Ueberschuß abgemessen hat, wie er noch nie erreicht worden sei, wendet er sich zum Etat selbst. Manche Kapitel, Fortbau, Fernheizwerk Bad Elster, zeigten günstige Entwicklung. Die Vermehrung der Beamten habe ihre Ursache im Anwachsen der Geschäfte; die Notwendigkeit dieser Einstellung werde in der Deputation A eingehend zu prüfen sein. Durch Veränderung der Organisation müsse man der weiteren Vermehrung der Beamten entgegenwirken. Von größter Bedeutung sei es, daß die Beamten wüßten, es werde ihnen von den oberen Stellen Vertrauen entgegengebracht. Er könne den Beamten das Zeugnis ausstellen, daß sie dies Vertrauen auch verdienten. (Bravo!) Nun müsse man aber auch erwarten, daß die Beamten in ihren politischen Rechten nicht verlustig würden. Aber mit Bedauern müsse er konstatieren, daß in einem Reform, wie schon früher, erneut verlustig worden sei, auf die Beamten in bestimmten politischen Sinne einzurufen. (Hört.) Notwendig sei, daß im inneren Eisenbahndienste mehr höhere Stellen geschaffen würden; er habe nicht gesehen, daß auch nur eine einzige Sekretärstelle im Eisenbahndienst geschaffen worden sei. Ähnlich seien die Verhältnisse in der unteren Beamtenkategorie. Eine ganze Reihe von Arbeitern, die nicht Beamtencharakter hätten, verrichteten Weidewärterdienste, also Beamtendienste, und warteten vielfach lange Jahre darauf, daß ihnen die Beamten-eigenschaft gegeben werde. Redner geht dann auf die Besoldungsordnung ein. Erstlich sei, daß eine Reihe von Häuten befristet sei. Aber es genüge noch nicht, wie ich z. B. bei den Seminara-besoldern sehe. In einer vollständigen Neuordnung der Besoldungsordnung sei kein Anlaß, aber man müsse von der Regierung erwarten, daß sie die vielen Häuten endlich beseitige. Mit dem Entschluß der Nebenämter müsse gebrochen werden. (Beifall.)

Den Wünschen der Altgenossen möge die Regierung entgegenkommen. Erstlich sei das Steigen der Arbeitslöhne, und seine Freunde haben die Regierung auf diesem Wege fortzuführen. Vielleicht könnte doch bei einzelnen Etatkapiteln für Unterhaltungen bei Kronheiten etwas mehr eingestellt werden. Die Förderung des Wohnungswesens der Beamten sei freudig zu begrüßen. (Bravo!)

Redner geht des weiteren auf die Entwicklung der sächsischen Staatsfinanzen seit 1902 ein. Es ergebe sich von 1902 bis 1912 eine Vermehrung des Staatsvermögens von 1264 auf 1483

Millionen. Unter solchen Verhältnissen müsse Sachlen imstande sein, notwendige Ausgaben zu leisten. Er könne auch nicht zugeben, daß der letzte Eisenbahnausbauplan nicht gewesen sei.

Dem Antrage Cohn könnten seine Freunde nicht zustimmen, seien aber für eine Freilassung bis mit 600 A Einkommen von der Staatseinkommensteuer. Die Aufhebung der indirekten Steuern sei unmöglich. Die Verlegung der Tierärztlichen Hochschule nach Leipzig werde in der Deputation eingehend zu prüfen sein. Freudig zu begrüßen sei die großartige Ausbildung der Lehrer für das Fach Schulwesen, das sei eine gesunde Mittelmaßnahme, der seine Freunde gern zustimmen. Bedenklich sei aber der Kompetenz-Konflikt zwischen Kultusministerium und Ministerium des Innern, der zu einem Konflikt zweier Ämter an demselben Orte führen könnte. Redner kritisierte dann in der Kritik der „Leipziger Zeitung“ gelegentlich der Schaffung des Kartells der schaffenden Stände. Wenn auch die Regierung erklärt habe, es handle sich um eine Privatarbeit der Redaktion (Zuruf: Ausrede!), so müsse man doch erwarten, daß sie Vorzüge treibe, damit derartige Vorlesungen sich nicht wiederholten. Die Schaffung schiffbarer Wasserstraßen sei eine der wichtigsten Fragen unserer jährlichen Volkswirtschaft. Der Einstellung des erhöhten Betrages für die Jugendpflege stimmten seine Freunde gern zu. Daß Auswüchse dabei vorgekommen seien, solle nicht bestritten werden. — Vor zwei Jahren habe der Kultusminister über Lehrer mangel geklagt, heute könne man einen solchen keine Rede sein. Das Dekret Nr. 5 könnte unter Umständen recht hemmend auf die Gemeinden wirken, indem es einen Anreiz gebe, das Verhältnis der Lehrer zu der Zahl der Schüler ungünstiger zu machen. Redner verliest dann eine im Leipziger Tageblatt kürzlich veröffentlichte Kritik über die Wirkung des Gesetzes auf die Leipziger Schulverhältnisse. Ähnlich wie Leipzig würde auch Dresden nach dem neuen Gesetz finanziell schlechter wegkommen. Freilich könnten bei Beurteilung des Gesetzes nicht die Großstädte ausschlaggebend sein. Es werde in der Deputation eingehend zu prüfen sein. Sollten aber die Bedenken überwiegen, so würden seine Freunde sich zu dem Gesetz nicht freundlich stellen können.

Redner wiederholt seine Anregung, das Etatjahr auf die Zeit vom 1. April bis 31. März zu verlegen, verlangt ferner den Erlaß eines Witzelgesetzes und eines Gesetzes über die Abgrenzung der Kompetenz zwischen Gericht und Verwaltung. Dringend notwendig sei die Reform des Volksschulwesens. Er habe den ausbrüchlichen Antrag von seinen Freunden erhalten, zu erklären, daß sie in dieser Frage ebenso, wie in der der Reform der Eisen-Kammer sehr bleiben würden. Er schliesse mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Finanzperiode, an deren Beginn wir ständen, für unser Volk eine glückseligere sein werde. (Bravo!)

Abg. Fleißner (Vog.): In der Rede, die man lobend gehört habe, sei fast kein Stand unermahnt geblieben; allem habe der Vorredner ein Eintreten versprochen. Die Beschlüsse, die Abg. Hähnel und der Sozialdemokrat habe erteilen wollen, müssen diese sich verhalten. Für die Volksschulreform traten auch sie ein, aber ihre Wünsche bewegten sich in anderer Richtung, als die der Nationalliberalen. Es wäre schon im vorigen Landtag zu einer Reform gekommen, aber da habe die Erste Kammer der Zweiten das Wort vor die Füße geworfen. (Witzsprüche) Ob ich ersucht den Redner, auf die Erste Kammer die Rückficht zu nehmen, die ihr gebührt. Er habe keine Rückficht zu nehmen, und was er gesagt habe, sei durchaus parlamentarisch gewesen. Mit der Formel: Der große Ueberschuß resultiere zum großen Teil aus Konjunkturgewinn, habe die Regierung es sich sehr leicht gemacht. Was würde sie wohl gesagt haben, wenn es sich um einen Ueberschuß aus einem Selbstbetrag handelte? Würde sie auch den mit Konjunkturgewinn erklärt haben? Da sei doch wohl die Frage berechtigt, ob nicht die hohen Ueberschüsse auf unrichtige Etatsanstellung zurückzuführen seien. Eine anstrengende Konjunktur kündige sich doch an, genau wie eine Krise. Wenn sich eine solche nicht habe voraussehen lassen, so sei das ein Grund mehr für die Regierung, einjährige Entschleunigungen einzuführen. Was habe denn Sachgen gegen die Reichsschuldenwirtschaft getan? Wohin solle das Wettrennen, an dessen Spitze Deutschland stehe, führen? Schon seien die Anzeichen einer neuen Militärauflage vorhanden, und dabei solle das Reich nicht einmal direkte Steuern dafür erheben dürfen. Der Etat der Sparanagen reize die Gemüter besonders zum Widerspruch. Man gebe mehr als gefehlich erforderlich sei, unter der Begründung, der Geldwert sei gesunken. Für Wünsche der Arbeiter habe man aber ein taubes Ohr. Wenn für sie etwas geschehen sei, so sei das das Verdienst der Sozialdemokratie. In anderen Dingen sei man freigeber. Für Jugendbeschäftigung 150 000 mehr! Wie solle denn die Jugend beschäftigt werden? Für wirtschaftliche Sachen habe man kein Geld, so zum Beispiel für die Arbeitslosenversicherung. Ohne die Gewerkschaften ist eine Arbeitslosenversicherung unmöglich. Hoffentlich werde sich in diesem Landtage eine Mehrheit für die Beilegung der „Leipziger Zeitung“, Redner beantragte schließlich, den Antrag Cohn an die Finanzdeputation A zu verweisen.

Abg. Günther (Vp.) knüpft an die Äußerung des Ministers an, es sei schwer gewesen, den Etat zu balancieren. Zugabende sei, daß größere Ausgaben an den Staat herangetreten seien, aber die Zahlengruppierung des Ministers lasse doch die Finanzlage nicht genügend hervortreten. Zu bedauern sei, daß der Eisenbahnetat noch immer nicht von den übrigen Etats getrennt werde. Redner geht dann auf den Zuktzetat ein. Im Interesse einer geordneten Rechtspflege müßten die ordentlichen Richterstellen weiter vermehrt werden. Mit dem Hilfsrichtern müsse aufgeräumt werden. Zur Frage der Errichtung einer zweiten Universität in Dresden hätten seine Freunde noch nicht Stellung genommen. Eine Verlegung der Tierärztlichen Hochschule nach Leipzig hätten sie auch schärflich nicht für

nötig. Inwiefern die beabsichtigte Neuordnung der Schulstellen an die Gemeinden diesen auch Nachteile bringe, werde in der Deputation zu prüfen sein. Unverständlich sei es, wie die Regierung eine Vorlage einbringen könne, worin den Gemeinden die Quellen der Zuwachsteuer verschlossen werden. Weiter bemängelt Redner, daß sich das Kultusministerium offiziell von der Verammlung des Sächsischen Lehrervereins in Chemnitz ferngehalten habe. Es soll sogar die Beteiligung daran den Schulpfektoren offiziell verboten worden sein. Redner geht dann auf den Nechenschaftsbericht und den Etat ein. Der hohe Ueberschuß lasse den Schluß zu, daß bei der Regierung die Ausgaben besche, die Einnahmen zu gering und die Ausgaben zu hoch einzuliegen. Auch die Tilgung der Staatsschulden ist unverhältnismäßig hoch. Es gäbe ein schiefes Bild, daß die Eisenbahnschulden nicht von den anderen Schulden getrennt aufgeführt würden. Nach der Verfassung habe der Landtag das Recht, die Einnahmen und Ausgaben festzusetzen. Seit 10 Jahren, so behauptet er, sei man über das erforderliche Maß hinausgegangen und habe mit dem Zuschlag von 25 Prozent zur Einkommensteuer eine schwere Last aufgebürdet. Dem Antrag Cohn würden seine Freunde zustimmen. Für den Fall, daß die Kammer Bedenken habe, Einkommen bis 600 A freizulassen, habe er den Antrag eingebracht, wenigstens mit dem Steuerertrag bis 600 A herunterzugehen. Bedenklich sei das Anwachsen des Beamtenheeres, wenn auch gewis die Geschäfte stark zugenommen hätten. Die Beförderungsverhältnisse seien besser geworden, aber speziell bei den Eisenbahnen habe man noch recht unglücklich. Bei der Einlegung der Sparanagen habe man das Sinken des Geldwertes wohl berücksichtigt, nicht aber bei Festlegung der Arbeiterlöhne. Hier sei nicht mit gleichem Maße gemein worden. Redner geht schließlich noch auf die Thronrede ein, die auch der Wehrvorlage gedenke. Die Lage der sächsischen Regierung im Bundesrat sei schwierig gewesen, aber selbstverstandlich. Auf konservativer Seite habe man sich großer Ueberhebungen schuldig gemacht. Wo sei der Grundlag verfassungsrechtlich festgelegt, daß alle direkten Steuern den Einzelstaaten vorbehalten müßten und nur die indirekten dem Reiche zufallen? Es sei eine tolle Ueberhebung, wenn man behaupte, die Reichsvermögenswachstumssteuer sei ein Eingriff in die finanzielle Selbständigkeit der Einzelstaaten gewesen. Redner gedenkt weiter noch der Einweisung des Bitterschlachdenkmal bei Leipzig und bemängelt ferner die Besetzung aller Regierungsstellen mit konservativen Leuten, obwohl längst keine konservative Mehrheit mehr in der Kammer vorhanden sei. Anzuhalten sei der Liberalismus nicht.

Finanzminister von Sydewitz weist die Behauptung des Vorredners zurück, daß die Regierung absichtlich die Einnahmen zu gering in den Etat einlegte. Sie wolle lediglich vorsichtig etatilisieren. Wenn große Ueberschüsse zu verzeichnen seien, so sei doch daraus der Regierung kein Vorwurf zu machen. Solche Ueberschüsse seien erstlich, denn sie ermöglichen die Deckungen des außerordentlichen Etats. Die Verfestigung des Urkundenstempels und die Schlahtsteuer sei nicht möglich. Redner wendet sich dann gegen Fleißners Ausführungen über die Sparanagen. Die Einstellung für diese beruht auf dem Hausgehe und der Verfassung. Er habe die Ueberzeugung, daß die Mehrheit der Kammer diesen Einstellungen die Zustimmung nicht verweigern werde.

Abg. Biener (Ref.) gedenkt rühmend der Tätigkeit Dr. von Rüggers. Der hohe Ueberschuß sei ein glänzendes Zeugnis für die vorsichtige Finanzverwaltung. Hinsichtlich der Tilgung der Staatsschulden ermahne man alles dem alten lassen. Die berechtigten Wünsche der Beamten betreffe Anstellung und der Beförderungsverhältnisse erhebelich Berücksichtigung. Die neutrale Stellung der Regierung zu diesen Fragen bedeute eine indirekte Förderung der geschäftlichen Tätigkeit der Beamten. Redner bringt weiter noch eine Reihe von Mittelstandswünschen vor, ohne aber irgend etwas Neues auszuführen. Hierauf verlegt sich gegen 7 Uhr die Kammer auf morgen früh 10 Uhr.

ZAHN-CREME
und
Mundwasser
KALODONT
Antiseptisch,
angenehm erfrischend im Geschmack

Qualitäts Raucher verlangen
Atram Cigaretten

MONTREUX (Genfer See)
Wer, um dem strengen nordischen Winter zu entgehen, diese Jahreszeit in mildem Klima an einem zu verbringn wünscht, ohne seine Geselligkeit aufzugeben, nehme Aufenthalt in altrenommierten deutschen Familien aus L. B.
Hotel Lorus (Deutscher Hof),
1912 renoviert, Aufzug, Zentral-Heizung, neue Badcaul.

MAGGI'S Suppen
1 Würfel 10 Pf
für 2-3 Teller
Mehr als 40 Sorten.
sind die besten!